

Danziger



Zeitung.

№ 17358.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltigen gewöhnliche Schriftgröße oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Wahlnachrichten.

Eine erfreuliche Nachricht liegt aus Nordhausen vor. Dieser Wahlkreis, der bisher conservativ vertreten war, ist von den Freisinnigen erobert worden. Bei 263 Wahlmännern sind bisher 135 freisinnige gewählt, also mehr als die absolute Mehrheit. Vor drei Jahren unterlagen die Freisinnigen mit 126 gegen 142 Stimmen der Conservativen. Auch in Siegnitz werden die Freisinnigen siegen und damit einen Wahlkreis zurückerobern, den sie während der vergangenen Legislaturperiode bei einer Nachwahl, nachdem die Mandate der 1885 gewählten freisinnigen Abgeordneten für ungültig erklärt worden waren, verloren hatten.

In Hirschberg ist die Wiederwahl zweier Freisinnigen definitiv gesichert, ebenso in Wiesbaden die des Freisinnigen Wischmann. Auch Altona und Cauenburg sind von den Freisinnigen behauptet worden.

Als verloren werden dagegen (vergl. die unten stehenden Telegramme) gemeldet Hamm-Sooft mit 2 und der Unterlahnkreis mit 1 Abgeordneten. Hier hat wieder einmal die Wahlgeometrie zu Ungunsten der Freisinnigen eine Rolle gespielt. Es geht eben auch heute noch und auch außerhalb des Elbinger Kreises geschickte Geometer. Der Verlust von Hamm-Sooft ist allerdings wenig überraschend. Hier standen die Aussichten für die Freisinnigen von vornherein auf schwachen Füßen. Im Jahre 1885, wo sie 96 Stimmen hatten, siegten sie über die 184 Stimmen der Cartellparteien dadurch, daß sich 140 Centrumsstimmen mit ihnen vereinigten.

Da diesen drei verlorenen Mandaten drei Gewinne gegenüberstehen, so ist immerhin noch kein eigentlicher Verlust auf Seiten der Freisinnigen constatirt.

Unsicher ist außer in Posen der Ausgang der Wahl in Frankfurt a. M. und Breslau.

In Frankfurt a. M. waren bis zum Abend des Wahltages für die Cartellparteien 279, für die vereinigten Freisinnigen und Volksparteier 271 Wahlmänner gewählt. Bei der fast gleichen Stärke der Parteien ist, da erfahrungsmäßig bei einzelnen Wahlmännern die Angabe des Parteipunktes irrtümlich ist, der Ausgang noch nicht abzusehen.

In Breslau constatirte in einer am Abend des Wahltages abgehaltenen Versammlung der deutsch-freisinnigen Wahlmänner der den Vorsitz führende Stadtrichter a. D. Friedländer, daß das Wahlergebnis folgendes sei: von sämmtlichen gewählten Wahlmännern gehören 508 der deutsch-freisinnigen Partei, 517 den vereinigten Parteien und 52 dem Centrum an. Die Stellung von 3 Wahlmännern war nicht zu ermitteln, 12 Wahlen sind nicht zu Stande gekommen. Dieses Resultat dürfte sich aber dadurch noch verschärfen, daß eine ganze Reihe von Verstößen gegen das Wahlreglement vorgekommen und auch verschiedene Proteste bereits eingereicht sind.

In Magdeburg sind die Wahlen wieder nationalliberal ausgefallen.

Ueber die Wahlen in Berlin schreibt die „Voss. Ztg.“: „Das Ergebnis stellt nicht nur den mit weit überragender Mehrheit erzielten Sieg der freigesinnigen Wähler Berlins über ihre Gegner fest, es zeigt auch, daß die liberalen Wähler in

allen vier Berliner Kreisen an Zahl gewachsen sind, am stärksten im dritten Wahlkreise, mit dem Herr Stöcker es diesmal aufnehmen zu können vermeinte. Von 4798 Wahlmännern in Berlin gehören 3344, d. h. über zwei Drittel, den Freisinnigen, 1454 den Conservativen und Cartellparteien zusammengenommen an.

Nieht man den Einfluß des Beamtenthums, das etwa 14 Procent der Berliner Wähler darstellt, auf das Ergebnis in Betracht und erwägt man die Schwierigkeiten dabei, die einem großen Theil der Wähler in gewerblichen und geschäftlichen Kreisen bei einer oft Stunden beanspruchenden Wahlhandlung im Gegensatz zu den beurlaubten Beamten entgegenzutreten, so wird man in den gestrigen Berliner Wahlen ein um so glänzenderes Zeugnis für die Bethätigung des unabhängigen Bürgerthums erblicken können. Alle Versuche und Anstrengungen, alle Einschüchterungen und Bedrohungen, alle Verleumdungen und Gehässigkeiten vermögen den Charakter einer an eigenes Urtheilen und Denken gewöhnten Bevölkerung nicht in sein Gegenteil zu verkehren. Nur was gut widersteht, steht auch gut; diese alte Wahrheit zu beachten und praktisch zu verwirklichen, empfiehlt sich ganz vorzugsweise hinsichtlich der Bevölkerung Berlins.

Neben den Liberalen haben, wie es scheint, nur noch die „reinen“ Conservativen einigen Grund, mit dem gestrigen Wahlergebnis in der Hauptstadt nicht unzufrieden zu sein, insofern sie sich den sogenannten Gemäßigten, d. h. den unbedingt ministeriellen Parteien (Nationalliberale, Freiconservative etc.) innerhalb der antiliberalen Gruppen in einem Maße überlegen gezeigt haben, welches dem Versuch eines mittelparteilichen Gegenpartei ein überaus klägliches Flaco bereitet hat.“

Schon gestern haben wir vorhergesagt, daß die Cartellparteien wegen ihrer Niederlage in Berlin sich in die Haare fahren und sich gegenseitig die Schuld zuschieben werden. Es ist so gekommen. Die „Arenzzeitung“ schreibt selbstbewußt:

„Nach uns zugehöriger Meinung sind im ersten Wahlbezirk mehr als viermal soviel conservativ Wahlmänner gewählt wie Cartell-Wahlmänner. Die Zahl der letzteren scheint nicht größer zu sein, als die der im Jahre 1885 gewählten nationalliberalen Wahlmänner. Ein Erfolg, der jedenfalls für die Berechtigung des Vorgehens der conservativen Gesamtvertretung (C. G. B.) und der Bürgervereine deutlich spricht.“

Dagegen jetzt das rabiat-„nationale“ „Deutsche Tageblatt“ nach rechts gewendet:

„Hätte man von Seiten der „Arenzzeitung“ und deren Schutzbefohlenen nicht das geforderte Vorgehen der Conservativen auch im ersten Wahlkreise als der Weisheit letzter Schluss bezeichnet und die Organisation der Bürgervereine statt in den Dienst des Herrn v. Hammerstein gestellt, für die Wahlvereinigung der Cartellparteien mobil gemacht, so wären, das ist unsere feste Ueberzeugung, schon diesmal ganz gewiß im ersten Berliner Wahlkreise die Bienen der fortschrittlichen Wahlvereine erstickt worden.“

Daß sich sehr viele Wähler auch im ersten Wahlkreise vom Wahlthage fern gehalten haben, obgleich es ihre verdamnte Pflicht und Schuttpflicht gewesen wäre, daselbst zu erscheinen und ihre Stimmen nicht zu Gunsten des Freisinnigen, sondern für die nationalen Parteien (!) abzugeben, ist ein Punkt für sich.“

Das sind nur die ersten Accorde des Bankconcerts der habenden Cartellgenossen Berlins. Wenn erst der „Reichsbote“ hier, die „Post“ da è tutti quanti einfallen, wird es noch melodischer werden.

Reihe der Namen an sich vorübergehen läßt, welche es sich vorgenommen haben, an dem Werke mitzuwirken, so sind es die der hervorragendsten Forscher aller Nationen. Bringt doch gleich die erste Nummer der Monatschrift den ersten Artikel „Ueber die beobachteten Erscheinungen auf der Oberfläche des Planeten Mars“ aus der Feder der ersten Autorität in diesem Gebiete, des berühmten Professors Schiaparelli in Mailand. Um ihre Kräfte nicht gar zu sehr zu versplittern, will die Gesellschaft ihr Augenmerk namentlich richten auf die Verbreitung der Kenntnisse vom Himmel und der Erde, d. h. der Astronomie, Astrophysik, Geophysik, Geodäsie, Geologie, Geographie, und die Wege, welche sie einschlägt, sind sehr eigenartige.

Die Begründung der erwähnten Monatschrift ist nur ein Mittel zum Zweck, das einzige, welches auf Fernwirkung berechnet sein kann, — wer aber in Berlin wohnt, wer auf seinen Reisen die Reichshauptstadt berührt, wird in kurzer Zeit die herrlichsten Gelegenheiten haben, mit eigenen Augen zu sehen, wovon bisher nur in den wissenschaftlichen Büchern zu lesen war.

Die Gesellschaft „Urania“ baut in dem Ausstellungspark am Lehrter Bahnhof ein prächtiges Gebäude, dessen Bild bereits in mehreren illustrierten Blättern veröffentlicht ist. Dasselbe ist dazu bestimmt, dem großen Publikum Gelegenheit zu eigener Beobachtung aller der Erscheinungen zu bieten, welche bisher nur wenigen Auserwählten zugänglich waren. Zunächst wird eine prachtvoll eingerichtete Sternwarte dem Publikum zugänglich sein. Das größte und vollkommenste Instrument, welches Berlin überhaupt aufzuweisen hat, ein Refractor, dessen Linse 12 par. Zoll Durchmesser hat, dessen Länge 5 Meter beträgt, wird aufgestellt und von Astronomen von Fach behandelt werden. Daneben ein anderes Instrument von 6 Zoll Oeffnung und 4 Meter Länge, ein Refractor von 4 Zoll Oeffnung, ein Kometensucher von 5 Zoll Oeffnung und ein 6 zölliges Spiegelteleskop, ein Passage-Instrument und verschiedene kleine Fernrohre. Es wird dieser Versuch der Gründung einer „Volksternwarte“ von höchstem Interesse sein, da früher derartige Versuche an dem Mangel an wirklich guten Instrumenten scheiterten. — Sodann wird ein mächtiger Ausstellungsraum, welcher nach der In-

validenstraße hin eine Länge von 33 Meter, dazu eine Tiefe von 15 Meter hat, eine Sammlung der feinsten Instrumente enthalten, welche dem Laien sonst nie zugänglich sind. Spectralapparate, Polarisationsapparate, Modelle von Wärme- und Eismaschinen, Elektromagnete, sonstige elektrische Apparate zur Erzeugung von Licht, zur Galvano-plastik u. s. w. werden stets in Gebrauch gezeigt und stehen zur Benutzung. Einige fünfzig Mikroskope werden zum steten Gebrauche bereit stehen und den Beschauern nicht nur die Wunder der Mikroorganismen enthüllen, sondern auch die praktische Verwendung zur Erkennung der Verfälschung von Nahrungsmitteln u. dgl. vermitteln. Endlich wird der Saal zugleich eine permanente Ausstellung der Producte der jetzt so außerordentlichen Präzisions-Mechanik bieten, wie sie bisher noch nicht vorhanden war.

Auf unserem telegraphischen Specialdraht gingen uns gestern Abend noch folgende Depeschen zu: Siegnitz, 31. Oktbr. Die Theilnahme an den diesmaligen Wahlen war größer als je zuvor. Auf cartellistischer Seite war ein Beamtenheerban aufgeboden, wie ihn die Wahllokale unserer Stadt (noch nicht gesehen haben, aber die hohe Bedeutung gerade der jetzigen Wahlen war doch auch den freisinnigen Urwählern klar geworden, so daß sie zahlreicher als sonst zum Wahlthage kamen und die gegnerischen Anstrengungen zu nichte machten. Der ganze Wahlkreis Siegnitz-Goldberg-Hannau hat zu wählen 515 Wahlmänner. Die absolute Majorität beträgt also 258 Stimmen. Die vier Städte des Wahlkreises haben gewählt 221 Wahlmänner; davon sind 196 liberal und 35 conservativ. Es fehlen mithin den Liberalen zur Majorität nur noch 62 Stimmen, welche wohl aus den ländlichen Wahlbezirken des Wahlkreises aufgebracht werden dürften.

Grünberg, 31. Okt. Für die freisinnigen Candidaten Rechtsanwalt Träger - Nordhausen und Jordan - Berlin wurden bis jetzt 126 Stimmen abgegeben. Die Mittelpartei erhielt 41, die Conservativen 77 Stimmen. Zahlreiche Landbezirke stehen noch aus. Neusatz stimmte vorwiegend für die Mittelpartei. Die Zahl der Wahlmänner beträgt im Wahlkreise 383. Mit Ausnahme von Neusatz wählten die Städte überwiegend freisinnig; der glänzendste Sieg (54 freisinnige Wahlmänner von 56) wurde in Grünberg errungen.

In Hamm - Soefft (bisher von Uhlendorff und Träger vertreten) ist den Freisinnigen verloren gegangen, dagegen in Cauenburg, wo man schon eine Niederlage fürchtete, die Wiederwahl des Freisinnigen Berling gesichert.

In Altona - Dittensen ist die Mehrheit für Haesel (freis.) gesichert;

in Glogau-Libben giebt wahrscheinlich wie vor 3 Jahren das Centrum den Ausschlag zwischen den Freisinnigen und Conservativen;

in Hagen sind bis jetzt bekannt 280 Freisinnige (also schon 25 über die absolute Mehrheit) gegen 163 vom Cartell.

In Bielefeld-Halle-Herford waren dem „Herforder Kreisblatt“ zufolge am Abend des Wahltages bekannt 172 freisinnige Wahlmänner, 86 nationalliberale und 183 conservativ. Dies sind im ganzen 441 Wahlmänner. Die Gesamtzahl der Wahlmänner aber wird ca. 700 betragen.

In Düsseldorf, auf dessen Eroberung die Gouvernemente große Hoffnungen gesetzt haben, hat das Centrum gesiegt;

in Neuwied-Altenkirchen, wo das vorige Mal das Centrum den Sieg durch das Loos gewann, soll das Centrum 5 Stimmen weniger als die Cartellcandidaten haben.

Der Unterlahnkreis ist in Folge veränderter

Kreiseinteilung für die Freisinnigen verloren gegangen.

Nachklänge zu den Aeußerungen des Kaisers.

Es ist in hohem Grade lehrreich, zu sehen, wie die „nationale“ Presse die Ansprache des Kaisers an den Oberbürgermeister v. Forckenbeck und die übrigen Vertreter des Magistrats und der Stadtverordneten der Hauptstadt für ihre Theilnahme an den Wahlen heraufbeschworen, um Kaiser Wilhelms Regierungsweise in einen schroffen Gegensatz zu der seines vielbeklagten Vaters zu bringen. In den Worten des Kaiser-Freisinnigen gehören aber auch die Herren v. Forckenbeck, der Oberbürgermeister, und Dr. Ströck, der Stadtverordnetenvorsteher. Beide Herren haben, so weit man beobachten kann, es verstanden, ihren weitreichenden Einfluß zu gebrauchen, um die Tagesblätter von der alles Maß übersteigenden, parteipolitischen Ausnutzung des Tagesbuchs des Kaisers Friedrich und der Machenzie'schen Streitschrift abzuhalten. In der Berliner Bürgerschaft werden die kaiserlichen Worte sicherlich einen tiefen Eindruck hinterlassen. Die wirklich monarchisch gesinnten Kreise werden sich endlich ermannen müssen, um den Druck des Radicalismus, der vom Rathhause aus geschüttet und gefördert wird, abzusütteln. Das Ueberwiegende der radical-fortschrittlichen Bestrebungen in der Berliner Stadtverwaltung hat schon wiederholt zu sehr unliebsamen Beziehungen zwischen dem Könige und der Stadtverwaltung geführt. In der Confrontation z. B. lehnten es Magistrat und Stadtverordnete ab, sich bei dem Zeichenbegangniß des Prinzen Friedrich vertreten zu lassen, weil die von dem Könige und der Regierung befolgte Politik nicht den Beifall der Herren von dem Rathhause hatte. König Wilhelm gab über einen solchen Mangel an Schicklichkeitsgeschül den Vertretern der Stadt seinen gerechten Unwillen kund und es sind mehrere Jahre darüber hingegangen, bevor das alte Verhältniß wieder hergestellt wurde. Gewiß hat das Dichterwort vom „Männerstolz vor Königsthron“ seine volle Berechtigung, aber diesen Männerstolz würdig zu bekunden, sind die sogenannten „Hofdemokraten“ die am wenigsten geeigneten Leute. Es ist immer ein Uebel, wenn die Leiter großer städtischer Gemeinwesen ausgeprochenen radicalen politischen Anschauungen huldig, sie gerathen allzu leicht in Conflithe, welche dem Gemeinwohl nur zum Nachtheil gereichen. Der Empfang, den Kaiser Wilhelm den Herren v. Forckenbeck und Dr. Ströck hat zu Theil werden lassen, wird voraussichtlich klärend wirken, und wenn es sich bestätigen sollte, daß Herr v. Forckenbeck sich bewegen läßt, sein Amt niederzulegen, so steht zu hoffen, daß an seine Stelle ein Mann tritt, der die Zeichen der Zeit besser zu würdigen versteht, und nicht Tendenzen vorschub leistet, die in ihren Folgen für Kaiser und Reich verberlich sein müssen.“

Nach dieser Auffassung des hannoverschen Blattes wäre also die Ansprache des Kaisers an die städtischen Behörden etwa in die gleiche Linie zu stellen, wie der seit Jahren von den Herren Stöcker und Gen. in Berlin gepredigte Sturm gegen das „rothe Haus“ und den Fortschrittling, zu dem sagt Prof. Förster, „für welche die Gesellschaft „Urania“ ihre Sternwarte, ihre mikroskopischen und experimentellen Veranstaltungen und ihr naturwissenschaftliches Theater einrichtet, läßt sich eine Zielartigkeit und eine gewisse Stufenfolge von Wirkungen erzielen, welche dem Zwecke des Ganzen, durch die Pflege der Freude an solchen Eindrücken zur Erkenntniß — Arbeit anzuregen, für die allerersten verschiedenen Vorbildungsstufen und Selbstbedürfnisse Erfüllung zu verhelfen gestattet. Und zwar gilt dies von dem großen, sogenannten Sonntags-Publikum, welches bloßen Lehrvorträgen naturwissenschaftlicher Art notorisch abgeneigt ist und welches nun in dem wissenschaftlichen Theater zunächst mit Bild- und Lichtwirkungen ergreifender oder anmuthiger Art, bald unter discretester, bald unter spannendster rednerischer Erläuterung unvermerkt in den Reichthum der Naturerkenntniß eingeführt wird, bis hinauf zu den Schülern der höheren Schulen sowie zu der Lehrerschaft derselben, welcher Lehrern in den Einrichtungen des Instituts der Jungbrunnen zur zwanglosesten Erfrischung und Fortbildung ihrer naturwissenschaftlichen Orientierung geboten werden kann, und bis zu den vielen einsam arbeitenden Freunden der Naturerkenntniß, denen bisher die Mittel und Wege fehlten, zu allen den Beranschaulichungen zu gelangen, nach denen sie ihre eifrigen Studien hindrängen und aus denen sie die entscheidendste Förderung ihres Selbstunterrichts schöpfen werden.“

Wahrlich, ein edles Ziel, welches diese Gesellschaft sich gestellt hat! Wir alle werden mit dem lebhaftesten Interesse verfolgen, ob und in welcher Weise sich die schönen Ideale verwirklichen werden, in die Menge zu tragen. Gefährlich ist nur die und werden es mit dem lebhaftesten Danke empfinden, daß Männer, welche auf der höchsten Stufe der Wissenschaft stehen, es nicht mehr von sich weisen, ihr Wissen Popularisirung der Wissenschaft, wenn sie von Halbweissern ausgeht; leider hat bis jetzt noch immer ein gewisser Stolz die wissenschaftlichen Autoritäten ersten Ranges davon abgehalten, von ihrem hohen Throne herabzusteigen zum Volke, und darum ist die im vorbesprochenen Sinne erfolgte Gründung der Gesellschaft „Urania“ auf's freudigste zu begrüßen.

„In der Gewährung aller dieser edlen Genüsse“

*) Verlag von Hermann Paetel, Berlin W. 35, Siegelstr. 90.

1. 3. Minister v. Pothamer durch die Begünstigung der sogenannten „Arbeiterpartei“ und Fürst Bismarck durch das Dienstwohnungsgesetz hilfreiche Hand geboten haben.

Zu den sachlichen Angaben des „Hann. Cour.“ ist zunächst zu bemerken, daß Herr Dr. Ströck dem Empfang nicht beiwohnte, daß sich an der Seite des Herrn v. Jordanbeck der Bürgermeister Dunder, die Stadträte Schreiner und Marggraf befanden, die den Parteigenossen des „Hann. Cour.“ näher stehen, als den Freisinnigen. Der Rückblick auf die Conclitszeit ist nicht richtig. Prinz Friedrich starb am 1. Juli 1863. Am 1. Juni 1863 waren bekanntlich die berühmten Preßordnungen erlassen, für welche der nachmalige Kaiser Friedrich bei seiner Anwesenheit in Danzig öffentlich die Verantwortlichkeit abgelehnt hat. Am 4. Juni beschloffen die Berliner Stadtverordneten mit 66 gegen 16 Stimmen einen Protest gegen die Preßordnungen und die budgetlose Regierung. Am 6. Juni erfolgte ein Erlaß des Ministers des Innern, der den Stadtverordnetenversammlungen die Berathung politischer Angelegenheiten verbot. Am 18. Juni beschloffen die Berliner Stadtverordneten, in Zukunft alle Adressen und Deputationen an das königl. Haus überhaupt zu unterlassen. Nach dem Tode des Prinzen Friedrich beschloffen sie mit 34 gegen 26 Stimmen, die Absendung einer Adresse und einer Deputation zu unterlassen.

Der damalige Oberbürgermeister von Berlin aber war ein conservativer Mann. Und überdies standen damals auch die gemäßigten Liberalen bis zu Herrn Gneist in der schärfsten Opposition gegen die Regierung. Das Beispiel des „Hann. Cour.“ trifft also nicht zu.

Ebenso unzutreffend ist die Behauptung, daß Oberbürgermeister v. Jordanbeck Einfluß auf diejenige Presse habe, welche in den letzten Wochen sich an der „partei politischen Ausbeutung des Tagebuchs und der Machenzie-Schrift“ gefallen hat. Die freisinnige Presse ist es nicht gewesen, welche die Veröffentlichung des Tagebuchs des Kaisers Friedrich veranlaßt und für die Machenzie-Schrift durch Herbeiführung einer gerichtlichen Beschlagnahme Reklame gemacht hat.

Die freisinnige Presse hat keinen Anlaß dazu gegeben, daß offiziell erklärt wurde, der Kronprinz Friedrich Wilhelm sei im Jahre 1870 von intimen Staatsangelegenheiten fern gehalten worden, weil Kaiser Wilhelm Indiscretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof befürchtet habe.

Es war kein freisinniges Blatt, welches den Kaiser Friedrich mit dem „Bater der Lüge“, Ignatiew, zusammengestellt, ihn für einen „politischen Parfisaal“ erklärt und seine Regierung eine traurige Episode in der vaterländischen Geschichte genannt hat.

Aber ganz abgesehen davon, ist der Oberbürgermeister von Berlin nicht der Censor der hauptstädtischen Presse. Die Insinuation, daß die unfreundliche Anrede des Kaisers von der Absicht beeinflusst worden sei, den Rücktritt des Herrn v. Jordanbeck zu veranlassen, brauchen wir nicht zu erörtern. Das Citiren des Kaisers gegen die frei gewählte Vertretung der Berliner Bevölkerung muß auf diejenigen zurückfallen, die sich diesen Mißbrauch des kaiserlichen Wortes erlauben.

Die Antwort auf diese Herausforderung des „Hann. Cour.“ hat die Stadt Berlin bei den vorerwähnten Wahlmännern gegeben. Trotz aller Anstrengungen der Conservativen nach dem Herzen des Herrn Stöcker, der Cartellpartei und der Antisemiten wird die Haupt- und Residenzstadt Berlin auch im nächsten Abgeordnetenhaufe durch neun Mitglieder der freisinnigen Partei vertreten sein, gewährt mit einer stärkeren Stimmenzahl als früher.

Deutschland.

* Berlin, 31. Okt. Die officiöse „Politische Correspondenz“ erzählt aus Berlin zuverlässig, daß Kaiser Wilhelm im nächsten Sommer nach Athen reist, wovon er dem König Georg persönlich Mitteilung machte.

△ Berlin, 31. Oktober. Im Etat der Reichsdruckerei werden Mehrausgaben für die Zeitung technischer Arbeiten, wie der Gravier-Abtheilung, für die Erweiterung der elektrischen Beleuchtungs-Einrichtungen und für Grunderwerb behufs Vergrößerung und Abrundung des bisherigen Grundstücks verlangt. — Zur Förderung des Betriebes und zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Arbeiter in denjenigen Fabrikräumen, in welchen häufig Nacharbeit verrichtet werden muß, ist die Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage dringend notwendig. Durch dieselbe wird in den Seher- und Schnellpressenräumen, in welchen jetzt eine große Zahl von Gaslampen unterhalten werden muß, die Luft wesentlich verbessert und die Ausführung der Arbeiten erleichtert werden.

* [Neue Schutzherrschafft.] Einer Angabe des deutschen Consuls in San Francisco zufolge hat Deutschland die Schutzherrschafft über die Insel Pleasant im südlichen Stillen Ocean errichtet. Dieselbe sei der Regierung der Marshal-, Brown- und Providence-Inseln unterstellt worden.

* [Zur Weinfrage.] Der Antrag der Wiesbadener Handelskammer an den Handelsminister, betreffend die Regelung der „Weinfrage“ und Erlaß provisorischer Bestimmungen zum Nahrungsmittelgesetz behufs Verwerthung der diesjährigen Wein-Crescenzi ist vom Kellereien-Collegium der Berliner Kaufmannschaft auf das lebhafteste befürwortet worden. Denn der diesjährige Wein unserer heimischen Weinbaugenden wird einen so hohen Procentfuß von Säure aufweisen, daß er als sogenannter „Naturwein“ zum größten Theil unbrauchbar und ungenießbar sein wird und der rationellen Verbesserung durch Zusatz von chemisch reinem Zucker und Wasser vor der Gährung bedürfen wird.

Lörrach, 29. Oktober. Zur Hausführung beim Freiherrn v. Roggenbach sagt das „Freisinnige Volksblatt“: Bei der Hausführung wurde eine größere Anzahl von Briefen beschlagnahmt, die allerdings eine Verbindung des Herrn v. Roggenbach mit dem Professor Geßken nachweisen, allein diese Verbindung datirt aus der Zeit, als Herr Geßken noch Professor an der Straßburger Universität war, deren Curator Herr v. Roggenbach damals gewesen. Herr v. Roggenbach hat die Briefe nicht auf ergangenen Wunsch des Untersuchungsrichters herausgegeben, sondern soll erklärt haben, wenn man bei ihm etwas zu finden hoffe, so möge man sich die Sachen selbst holen. Das ist nun geschehen, aber das Resultat ist gleich Null. Dem neuen „Reichsfeind“ ist nicht beizukommen.

* Aus Stuttgart, 29. Okt. wird dem „B. Tgl.“ geschrieben: Die „unliebamen Enthüllungen“ über die hiesigen Hofverhältnisse beschäftigen selbstverständlich fortgesetzt alle Kreise der Bevölkerung. Der Artikel der Münchener „N. Nachr.“ enthielt manche Uebertreibung, insbesondere in Bezug auf die Abgeschlossenheit des Königs und die Schulden der königlichen Kasse. In dieser Beziehung ist es lange nicht so arg, wie in dem bairischen Blatte geschildert wurde. Im übrigen aber sind die „Enthüllungen“ meist zutreffend. Kein einziges Blatt versucht die Behauptungen zu widerlegen. Bezeichnend ist, daß auf Befehl des Ministeriums des Innern mehrere Correspondenten auswärtiger Blätter von der Geheimpolizei streng überwacht wurden. Der Schreiber dieser Zeilen hatte sich auch kurze Zeit der Aufmerksamkeit einiger Polizeispitzel zu erfreuen. Ein durchaus achtbarer und angesehenen Journalist wurde gar drei Tage lang von mehreren Polizeispionen auf Schritt und Tritt beobachtet.

Frankreich.

Paris, 30. Oktbr. Deputirtenkammer. Gerville Rahe, der Berichterstatter der Commission, wirft dem Marineminister Krantz vor, daß die Ausgaben für die Häfen zu große seien. Der Marineminister widerlegt kurz die Kritiken der Budgetcommission und beklagt sich, stets der Gegenstand ihrer Angriffe zu sein. Gerville und Rouvier verwarfen sich davor, den Minister persönlich anzugreifen zu wollen; ihre Kritiken bezögen sich nur auf die Verwaltung. Georges Roche verteidigt die Marineverwaltung, deren Fehler nur in dem beständigen Wechsel des Ministers beständen. Hierauf wird die allgemeine Berathung geschlossen und die Kammer auf Montag verlagert. (W. I.)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 26. Oktober. Eine Versammlung von Männern, die zu den leitenden Kreisen der Schutzollbewegung gehören, hat dieser Tage erwogen, wie sich die Partei im Reichstage zu stellen hat. Es herrschte die Meinung vor, daß die Schutzöllner sich nicht auf eine abwartende Haltung beschränken, sondern den angefangenen Weg weiter verfolgen müßten. Obgleich ein fester Plan noch nicht besteht, nimmt man doch an, daß zuerst eine Prüfung des Zwischenreich-Gesetzes mit Norwegen in betreff gegenseitiger Zollfreiheit der Erzeugnisse beider Unionsländer angestrebt werden soll. Auch die Frage wegen weiterer Erhöhung der Getreidezölle ist wieder aufgetaucht. Die letzteren haben übrigens eine wesentliche Abnahme der Einfuhr von Roggen und Mehl bewirkt. Es wurden nämlich eingeführt in den ersten neun Monaten: 1888 Roggen 79 207 000 Agr., 1887 109 639 000, 1888 Roggenmehl 9 810 000, 1887 24 375 000, 1888 Weizenmehl 13 645 000, 1887 19 463 000 Agr.

Portugal.

Lissabon, 24. Oktbr. Auch hier, wo die Bevölkerung unter Getreidezöllen leidet, welche denjenigen in Deutschland ungefähr gleichkommen, hat sich die Brodtheuerung zu einer solchen Höhe gesteigert, wie nirgends ringsum in den freihändlerischen Ländern. Die Regierung hat aber auch ein Einsehen gehabt und der Nothlage durch eine Nothmaßregel entsprochen. Ein königliches Decret vom 19. d., welches gestern in amtlichen Blättern veröffentlicht wurde, setzt den Schutzoll auf fremdes Mehl, welcher bislang 30 Reis betrug, um den fünften Theil, also auf 24 Reis per Ailo herunter. Damit ist wenigstens principiell anerkannt, daß agrarische Schutzölle die fatalen Wirkungen etwaiger Mißernten nur noch zum Schaden des Volkes verschärfen.

Griechenland.

Athen, 30. Oktbr. Der König empfing Mittags, vor den anderen Specialabgesandten voran, den österreichischen Admiral v. Sterneck in feierlicher Audienz. Anwesend hierbei waren der Minister des Auswärtigen Dragumis, der gesammte Hofstaat, die Begleitung des Admirals v. Sterneck und der Commandant des „Greif“. Admiral v. Sterneck brachte die Glückwünsche des Kaisers Franz Josef dar, worauf der König für den außerordentlichen Beweis der Sympathie wiederholt dankte und jedes Mitglied der Mission in wohlwollender Weise ansprach. Nachmittags nahm der König von den ständigen Vertretern der Mächte die Glückwünsche entgegen. Erzbischof Marango überreichte ein Schreiben des Papstes. — Abends fand bei dem österreichischen Gesandten Freiherrn v. Rosjek zu Ehren Sternecks ein Galabier statt. (W. I.)

Türkei.

* [Annäherung Rußlands und der Türkei.] Der von einem Theile der russischen Presse in der jüngsten Zeit erörterte Gedanke einer engeren Annäherung zwischen Rußland und der Türkei scheint, wie man der „Pol. Corr.“ aus Petersburg schreibt, auch in den diplomatischen Kreisen Rußlands Anklang zu finden. Allerdings verleiht sich diese Idee in den bezeichneten Sphären nicht, wie in den Blättern, bis zu dem Projecte eines förmlichen russisch-türkischen Bündnisses, sondern trägt bloß die Form des Wunsches nach Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Man ist der Ansicht, daß die Gestaltung eines derartigen Verhältnisses zwischen St. Petersburg und Konstantinopel gegenwärtig zweckdienlicher und zeitgemäßer erscheine, als je zuvor. Man betont, daß durch den zur Zeit in Bulgarien herrschenden Zustand die Rechte des Sultans in gleicher Weise verletzt erscheinen, wie jene Rußlands, und es wird als sehr wahrscheinlich erachtet, daß Rußland, falls die seitens der Türkei auf der Balkanhalbinsel erlittenen Benachtheiligungen sich durch irgend welche Ereignisse noch verschärfen würden und die Pforte sich zur Ergreifung energischer Maßregeln zum Schutze ihrer Interessen gezwungen sehen sollte, der Durchführung derartiger Schritte keine Hindernisse in den Weg legen und nur darauf bedacht sein würde, daß diesbezüglich keine Ausbrechungen begangen werden, deren Duldung mit der traditionellen Mission Rußlands bezüglich der christlichen Staaten im Orient in unvereinbarem Widerspruch stände. Es ist jedoch ein Geblö über-treibender Phantasie, anzunehmen, daß ein zwischen Petersburg und Konstantinopel bestehendes Einvernehmen in dem bargelegten Sinne, das in dem die beiden Regierungen erfüllenden Wunsche nach Erhaltung des Friedens und in einer gewissen zeitweiligen Interessengemeinschaft derselben auf der Balkanhalbinsel seine Wurzeln hat, die Form eines russisch-türkischen Bündnisses gewinnen könnte. Wenn man sich vor Augen hält, daß Rußland es für geboten hielt, sich von der Tripel-Allianz loszulösen und sich des Eintrittes in ein anderes Bündniß zu enthalten, weil man in Petersburg die volle Actionsfreiheit Rußlands als das beste Mittel zur Ausübung eines entsprechenden Ein-

flusses in Europa, ohne irgend welche Gefährdung des Friedens, ansieht, so ergiebt sich als unmittelbare Folgerung, daß die russische Regierung gegenwärtig auch nicht den Wunsch hegen kann, in ein Bundesverhältniß mit der Türkei einzugehen. Würde doch ein derartiger Entschluß den — durch keinerlei Gebot der Sachlage begründeten Verzicht auf jene Freiheit des Handelns bedeuten, welche das Petersburger Cabinet bisher unerschütterlich verteidigt hat.

Rußland.

* [Der Unfall des Kaiserzuges.] Nach den neuesten in Petersburg eingegangenen Meldungen soll leiblich eine vorgekommene, jedoch nicht näher bezeichnete Nachlässigkeit die Entgleisung des kaiserlichen Zuges verursacht haben. Die Entgleisung fand statt, während die Herrschaften gerade beim Dejeuner saßen. Im ganzen sind 30 Personen des Convoi vermundet. Siebzehn Personen werden als todt gemeldet, sieben Waggons sind zertrümmert.

* [Der neueste Attentatsplan.] Die Nihilisten scheinen den Selbstherrscher aller Reußen wieder einmal daran erinnert zu haben, daß sie auch noch da sind. Von Berlin aus ist zwar mit freund-nachbarlicher Eilfertigkeit gestern Nachmittag die Nachricht über ein in Rußland gegen den Zaren geplantes Attentat als „völlig unbegründet“ bezeichnet worden, allein schon wenige Stunden darauf hat man von derselben Stelle aus eine Nachricht über einen Unfall des kaiserlichen Zuges berichten müssen, welcher eine starke Ähnlichkeit mit einem Attentat zu haben scheint. Die Nachricht stammt von dem Hausminister, welcher den Kaiser begleitet. Merkwürdigerweise behauptet nun der Petersburger Correspondent des „Daily Telegraph“, daß auch die Nachricht über das in Rußland geplante Attentat durch ein Telegramm des Hausministers an den Minister des Innern nach Petersburg gelangt sei. Ungefähr fünf Minuten vor der Ankunft des Kaisers in Rußland, so erzählt der genannte Correspondent, wurde in der Tilsiter Straße, in welcher eine große Menschenmenge den Zaren erwartete, ein Kosak vom Kuban verhaftet. Man fand bei ihm verschiedene Explosivstoffe in handlicher Form und etwas Gift in Gelatineklappern. Der als Kosaken-offizier verkleidete Mann war von Taganrog gekommen, wo seine Bewegungen von der Polizei beobachtet worden waren. Der Mann hatte sich frei unter der Menge bewegt, doch wurde seine Verhaftung so ruhig vollzogen, daß dieselbe keine Aufmerksamkeit erregte. Der Verhaftete leistete keinen Widerstand, machte aber gleich darauf einen, wenn auch vergeblichen Versuch, sich zu vergiften. Man kennt den Attentäter. Vor einigen Jahren wurde derselbe wegen eines angeblichen politischen Verbrechens von einer der Universitäten entfernt, und da seine Laufbahn auf diese Weise zerstört war, wurde er einer der Gründer der „Südrussischen revolutionären Gesellschaft“. Man fand bei ihm keine Papiere mit Ausnahme einer Proclamation der genannten Gesellschaft. Er wird nach Petersburg in die Peter- und Pauls-festung gebracht, um dort administrativ behandelt zu werden. Verschiedene Mitglieder derselben revolutionären Gesellschaft sind in Simferopol verhaftet worden.

Soweit die Erziehung des Petersburger Correspondenten des „Daily Telegraph“, welcher schwerlich alle diese Einzelheiten erfunden haben dürfte. Daß die russische Polizei in großer Sorge gewesen ist, unterliegt keinem Zweifel, und man wird wohl auch bald Näheres über die verschiedenen Attentatspläne hören.

* [Schließung des Leipziger Seminars.] Wie die „Nowosti“ mittheilen, hat der Minister der Volksaufklärung am 16. Juli d. J. die Genehmigung zur Schließung des russischen philologischen Instituts, das mehr unter dem Namen des russischen „Leipziger Seminars“ bekannt ist, ausgedrückt. Mit dem Ablauf des Sommersemesters 1890 wird das Leipziger russische Seminar auch nominell zu existiren aufhören. Von dem gegenwärtigen Lehrjahre ab ist die Aufnahme von Zöglingen bereits eingestellt, den das Institut besuchenden 12 Stipendiaten ist es jedoch anheim-gestellt worden, ihren dreijährigen Cursum zu beenden.

□ Warschau, 28. Oktober. Der „Kurjer Warszawski“ schreibt in seiner neuesten Nummer: Im nächsten Frühjahr wird an der Weichsel bei Warschau der letzte Theil der Regulierungsarbeiten unternommen. Es werden zwei neue Dämme auf dem rechten Ufer bei Soclaw und Bluszy, welche 1000 Aflaster lang sein sollen, gebaut werden. Zu diesen Arbeiten sind 350 000 Rubel bestimmt worden. Damit wird die Regulierung des Weichselbets oberhalb Warschau in den durch die Warschauer Communications-gesellschaft bestimmten Grenzen beendet sein.

Warschau, 29. Oktober. [Russificirung.] Der Curator des Warschauer Unterrichtsbezirktes, Apuchtin, hat angeordnet, daß diejenigen Lehrerinnen, welche an den Töchter-schulen den russischen Sprachunterricht erteilen, der besonderen Genehmigung der Unterrichtsbehörde bedürfen und der griechisch-russischen Kirche angehören müssen. Den Vorsetzerinnen dieser Schulen ist eine Auswahl zwischen verschiedenen Candidatinnen nicht gestattet, sie haben vielmehr diejenigen Lehrerinnen der russischen Sprache anzunehmen, welche die Unterrichtsbehörde für die einzelnen Schulen bestimmt. — An der hiesigen Universität wird das bisherige System der Russificirung andauernd fortgesetzt; neuerdings sind zwei Professoren polnischer Nationalität in den Ruhestand gesetzt worden; an die Stelle des einen derselben ist ein bisheriger Gymnasiallehrer in Moskau getreten, der Nachfolger des anderen ist noch nicht ernannt; jedenfalls wird er gleichfalls russischer Nationalität sein. Docenten polnischer Nationalität dagegen werden nicht hinten nach Sibirien, an die neu errichtete Universität zu Tomsk, versetzt. (P. J.)

Amerika.

* [Ueber Grover Cleveland], den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, erzählt ein hochangesehener deutscher Geschäftsmann Buffalo in der „New Yorker Staats-Zeitung“ Folgendes: „Ich kenne Grover Cleveland seit der Zeit, da er ein blühender Mensch, in Buffalo seine Advocaten-carrière begann. Er war überaus zugänglich, stets froher Laune, leichtlebig, ein ganz respectabler Fechter vor dem Herrn, und suchte mit besonderer Vorliebe deutsche Wirths-lokalitäten und Vereine auf, ja, lange Jahre hindurch bildeten Deutsche seiner Altersstufe fast seinen ausschließlichen Umgang. Hier an diesem altersgebräunten Tische (in einem fast kaum 12 Fuß im Geviert messenden Honoratioren-süßchen einer renommirten Buffaloer Wein- und

Spezereihandlung) hat er in unserem Kreise manche liebe lange Nacht hindurch wacker gezecht, politisirt oder sein Spielchen gemacht. An den gelegentlichen Abenden des „Männerchor“ und „Orpheus“ wurde Cleveland nie vernimmt, und er war dabei stets einer der ausdauerndsten und vergnügtesten Gäste. Einmal nahm er auch als Ehren-delegat unseres Vereins an einem Besuche theil, den wir dem New Yorker Gesangverein „Arion“ abstatte-ten, wobei es hoch herging und Cleveland sich köstlich amüßte. Als er sich am politischen Leben activ zu theiligen begann und rasch die Stufenleiter öffentlicher Aemter und Ehren erklomm, blieb er stets der gleiche bescheidene, zugängliche und liebens-würdige Gesellschafter. Als Major nahm er in diesem Stübchen regelmäßig seinen Frühstücken und Abendtrunk ein; in der nächsten Straße, gleich hier um die Ecke, bewohnte er bis zu seinem Amtsantritt als Gouverneur zwei bescheiden möblirte Zimmer. Cleveland war nichts weniger als prude, manchmal ein wenig derb in seinen Ausdrücken, aber durchaus nicht ausschweifend, wie ihm seine Feinde nachsagen. Er war eben wie wir alle; kein Tugendheld, aber auch nichts weniger als ein Spharist. Nie verfehlte er, so oft als Gouverneur und Präsident hierhergekommen, seine alten Freunde aufzusuchen. Es ist dies gewiß ein Zug, der gewaltig für ihn spricht, und wir alle sind auch nicht wenig darauf stolz, mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in vertraulichem Verkehr verschiedenen Rheinwein- und Champagnerflaschen die Hälse gebrochen zu haben.“

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Kaiser Wilhelm in Leipzig.

Leipzig, 31. Oktbr. Der König von Sachsen und Prinz Georg sind Mittags gegen 12 Uhr hier eingetroffen und von den Spitzen der Behörden am Bahnhof empfangen worden. Sie begaben sich in die Königszimmer und erwarteten daselbst die Ankunft des kaiserlichen Zuges, welcher eine Viertelstunde später eintraf. Der Kaiser stand am Fenster des Salonwagens und begrüßte den König bereits von hier aus. Nachdem der Kaiser dem Wagen entstiegen war, küßten und umarmten sich beide Monarchen sehr herzlich und begaben sich sodann in die Königszimmer, wo die Begrüßung der Spitzen der Behörden erfolgte. Auf die Bewillkommungsansprüche des Oberbürgermeisters Dr. Georgi erwiederte der Kaiser mit huldvollen Dankesworten. Die Majestäten verließen darauf den Bahnhof, schritten die Front der außerhalb des Bahnhofes aufgestellten Ehrencompagnie ab, bestiegen die Hofequipage und fuhren unter den brausenden Jubelrufen einer unabsehbaren Menschenmenge durch die reich geschmückten Straßen nach dem Festplatz. Es herrschte günstiges Wetter. Auf dem Festplatz erbat der Staatsminister v. Bötticher vom Kaiser die Erlaubniß zum Beginn des Festaktes und verlas die Urkunde. Der bairische Gesandte in Preußen Graf v. Lerchenfeld-Rösering überreichte die Kette, womit der Kaiser den Mörtel auf den Schlußstein warf. Der Vicepräsident des Reichstages Dr. Buhl überreichte den Hammer, worauf der Kaiser, König Albert und die übrigen höchsten Herrschaften und Vertreter der Behörden u. s. w. die Hammerschläge vollzogen. Den Weihenpruch sprach der Superintendent Pank. Zum Schluß brachte der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simson ein Hoch auf den Kaiser und den König Albert aus. Hierauf bestiegen die allerhöchsten Herrschaften das Gewandhaus, welches glänzend beleuchtet war. Als sie eintraten, brachte der Bürgermeister Tröndlin Hochs auf die Majestäten aus, welche dem ersten Theil des von der Stadt gegebenen Concertes beiwohnten. Beim Verlassen des Saales dankte der Stadtverordneten-Vorsteher Schill den Majestäten für ihren Besuch und brachte ein Hoch aus. — Die Abfahrt des Kaisers vom bairischen Bahnhof erfolgte um 3 1/2 Uhr nach herzlichem Verabschiedung von dem König von Sachsen.

Um 6 Uhr findet in dem Buchhändlerhaufe für die geladenen Festtheilnehmer ein von der Stadt gegebenes Festmahl statt.

Berlin, 31. Oktober. Auf der Tagesordnung der morgen stattfindenden Sitzung des Bundes-raths steht u. a. der Antrag der Ausschüsse für Handel und Verkehr, Justiz und Rechnungswesen über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter. Im Plenum wird nach einer Meldung unseres Δ-Correspondenten dieser Gegenstand eine größere Arbeit nicht mehr veranlassen, so daß der Entwurf nebst dem Etat dem Reichstage schon bei seiner Eröffnung zugehen dürfte.

— Dem kaiserlichen Director der Sternwarte Professor Förster gingen heute anlässlich seiner 25jährigen Jubelfeier als Professor zahlreiche Glückwünsche von Collegen, Freunden und Berufsgenossen zu.

Hamburg, 31. Oktbr. An der heutigen Börse verlas der Präses der Handelskammer ein Schreiben des Senats, worin Hamburg der Dank des Kaisers für den herzlichen Empfang übermittelt wurde. Die Versammlung antwortete mit einem begeisterten Hoch.

Amsterdam, 31. Okt. Das „Allgem. Handelsbl.“ meldet gerüchtwiese die beabsichtigte Räumung Athens auf Sumatra seitens Hollands.

London, 31. Oktbr. Nach Sheffielder Meldungen haben die Besitzer der Kohlengruben von Yorkshire in einer gestrigen Versammlung beschloffen, den Forderungen der Kohlengrubenarbeiter nachzukommen, da die Arbeitseinstellung vollkommen befeitigt sei.

Rom, 31. Oktbr. Nachts brach in einem großen, mit alten Möbeln gefüllten Parterresale des Quirinals eine Feuersbrunst aus, welche sämmt-

